

RATHAUSREPORT

„Spirellibande“ in Gefahr

LINKE schlägt Regelfinanzierung für AWO-Projekt vor

Mit dem letzten Haushalt hatte die Stadtverordnetenversammlung auch die Durchführung eines Modellprojekts „Offenes Frühstücksbuffet an allen staatlichen Grundschulen“ beschlossen. An fünf Potsdamer Grundschulen ist es mit Beginn des neuen Schuljahres angelaufen. Wir wollten erreichen, dass von Armut betroffene oder bedrohte Kinder nicht mit leerem Magen in den Unterrichtstag starten müssen. Zusätzlich ist mit Beginn des neuen Schuljahres endlich auch das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder zumindest an den Grundschulen Realität. Über viele Jahre hat DIE LINKE für dessen Einführung gekämpft.

Das kostenlose Frühstück gibt es dagegen bereits seit 2007 - an sieben Schulen für ca. 320 Kinder. Finanziert allerdings nicht

von der Stadt, sondern im Wesentlichen aus Spenden und getragen vom AWO-Bezirksverband Potsdam e.V. Die Koordinatorin der „Spirellibande“, Franziska Löffler, berichtete am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung, dass das Projekt derzeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Unter Verweis auf das städtische Modellprojekt zögen sich Sponsoren und Unterstützer aus dem Projekt zurück, was die bisher fast ausschließlich auf Spenden und ehrenamtlichem Engagement basierende Arbeit akut gefährdet.

Dr. Sigrid Müller, die jugendpolitische Sprecherin der LINKEN drängte bei der Einbringung des Antrags deshalb darauf, schnell eine Lösung zu finden. Das Nebeneinander der beiden Projekte, der spendenfinanzierten

„Spirellibande“ und des aus städtischen Mitteln finanzierten Modellprojekts dürfe auf keinen Fall dazu führen, die bisher stabile Frühstücksversorgung an den bestehenden sieben Standorten zu gefährden. Ein dauerhaftes Nebeneinander der beiden Wege wird möglichen Sponsoren wahrscheinlich auch nur schwer zu vermitteln sein.



Gleichwohl hatten die Stadtverordneten eine solche Entwicklung wohl nicht erwartet, als sie das Modellprojekt beschlossen. Sigrid Müller sagte, die Entwicklung mache es erforderlich zu prüfen, wie das Angebot der Spirellibande auch künftig in vollem Umfang fortgeführt werden könne, ggf. mit entsprechender städtischer Unterstützung. Es könne und dürfe nicht sein, dass das richtige und wichtige städtische Modellprojekt, das ja gerade von den langjährigen Erfahrungen der „Spirellibande“ profitiert, nun das ehrenamtliche und freiwillige Engagement gefährde. Die Diskussion zeigte eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit auch bei den anderen Fraktionen. Der Antrag wurde zur weiteren Diskussion in den Bildungs- und in den Finanzausschuss überwiesen.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Endlich ist das von der Linksfraktion eingeforderte Kita-Gutachten da. Es bestätigt den Mehrbedarf für die Finanzierung der Potsdamer Kitas und die Verantwortung der Stadt für die Finanzierung. Anfang dieses Jahres haben wir ein-



gefordert, dass die Stadt dafür im diesjährigen Haushalt mit einer halben Million und in den Folgejahren mit jeweils 1,5 Millionen Euro sozusagen in Vorleistung geht. Jetzt reden wir über deutlich mehr Geld und über Wege, wie die finanzielle Beteiligung des Landes durchgesetzt werden kann. Die Diskussion über die weitere Gestaltung des Stadtzentrums und den Erhalt von Bauten aus der DDR-Zeit geht weiter. Wenig überraschend wurde unser Antrag zu einer Befragung zum geplanten Abriss des Fachhochschulgebäudes abgelehnt, obwohl die Ermittlung der Bürgermeinung eine Chance im Bemühen um eine breite Akzeptanz für diese wichtige Weichenstellung wäre. Gute Chancen gibt es dagegen für den weiteren Erhalt des Rechenzentrums als Zentrum der Kreativwirtschaft erst einmal bis mindestens 2023.

Wir setzen uns für diese Verlängerung und für eine breite öffentliche Diskussion zur weiteren Gestaltung und Nutzung des Areals mit Langem Stall, alter Feuerwache und Kirchenschiff der Garnisonkirche ein.

Unser Antrag für den Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ am Brauhausberg fand eine Mehrheit, wenn auch nur abgeschwächt. Jetzt muss der Oberbürgermeister vor der Entscheidung über den Verkauf dieses Grundstücks erst die Stadtverordneten informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Für eine lebendige Erinnerungskultur – zum 8. Mai und darüber hinaus

Zum Potsdamer Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai ist dieses Jahr einmal mehr festgestellt worden, dass die junge Generation kaum vertreten war. Also brachte DIE LINKE einen Antrag mit der Zielstellung ein, auf Schulen zuzugehen und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, durch gemeinsame Projekte junge Menschen in Erinnerungskultur verstärkt einzubinden. Dass Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges bald nicht mehr unter uns sein werden, mahnt uns, Erinnerungen wachzuhalten und unsere Erinnerungskultur auch mit der nachfolgenden Generation gemeinsam zu gestalten. Dieses Argument spielte auch eine Rolle, als der Brandenburger Landtag 2015 den 8. Mai zum offiziellen Gedenktag in Brandenburg erhob. Erinnerungskultur in dieser Stadt vollzieht sich natürlich an vielen Orten und dies auch vielgestaltig. Das Bürgerbündnis/FDP hatte daher die Ergänzung eingebracht, das bereits vorhandene Gedenkkonzept der Landeshauptstadt auch mit einzubeziehen. Diese erweiterte Version fand im Kultur- und Hauptausschuss eine Mehrheit. Die Erwähnung dieses besonderen Tages ist für das Anliegen einer lebendigeren Erinnerungskultur aus unserer Sicht gleichwohl sehr wichtig. Denn am 8. Mai 1945 verschwand der Rassismus leider nicht aus Deutschland; er ist ein fortwährendes Problem, dem wir uns als Stadt und als Gesellschaft stellen und weiter stellen müssen. Die AfD hingegen zog es vor, den Antrag im Plenum abzulehnen.

Gesine Dannenberg

Kein Interesse am Bürgerwillen

SPD, CDU und Grüne lehnt Bürgerbefragung zum FH-Abriss ab

Die Zäune stehen - und schon in den nächsten Wochen sollen die Bagger anrollen. Doch der Protest vieler Potsdamerinnen und Potsdamer gegen den geplanten Abriss der Fachhochschule reißt nicht ab. DIE LINKE brachte zuletzt deshalb einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein, mit dem sie den Oberbürgermeister aufforderte, selbst eine Bürgerbefragung zu initiieren. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte bei der Einbringung, DIE LINKE habe den verschiedenen Beschlüssen zum Abriss des FH-Gebäudes eben nicht zugestimmt. In Anerkennung der Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung habe man beim sogenannten „Mitte-Kompromiss“ 2016 aber wichtige Forderungen des Bürgerbegehrens durchsetzen können, so den Erhalt des Mercure und den wieder möglichen Erhalt des Wohnhauses „Alter Markt 10“, ebenso wie die soziale Ausgestaltung der Wohnbebauung im neuen Quartier. Ein Änderungsantrag, der den Erhalt zumindest eines der beiden FH-Würfel zum Ziel hatte, fand vor einem Jahr keine Mehrheit. Auch die Vergabe der Grundstücke in Erbbaupacht, um die Flächen dauerhaft im öffentlichen Eigentum zu halten, lehnte eine Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen ab. Scharfenberg verwies auch auf positive Erfahrungen, die man bei den Befragungen zum Landtagsstandort und zum Badneubau gesammelt habe.

Oberbürgermeister Jann Jakobs lehnte eine Bürgerbefragung erwartungsgemäß ab, mit ihm auch Vertreter der „ehemaligen“ Rathauskooperation, die sich bei diesem Thema zumindest für den Moment wieder fand. Jakobs verwies auf durchgeführte Beteiligungsverfahren, auf demokratische Beschlüsse der Stadtverordneten und darauf, dass es nun ohnehin zu spät sei. Er wunderte sich deshalb darüber, dass DIE LINKE einen solchen Antrag überhaupt einbringe. Darüber wunderte sich wiederum Stefan Wollenberg, stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN: den demokratischen Charakter der Stadtverordnetenbeschlüsse zweifelte doch niemand an. Bei einem so grundlegenden Konflikt, der offensichtlich so viele Potsdamer_innen so sehr bewege, seien die Stadtverordneten doch geradezu in der Pflicht, sich eine breitere Legitimation zu schaffen für ihr Tun. Er machte deutlich, dass er keineswegs sicher sei, wie eine Bürgerbefragung ausgehen werde. DIE LINKE sehe darin aber das geeignete Mittel, um den tiefen Konflikt in der Bürgerschaft zu befrieden. Weder kluge Argumente noch die Demonstranten vor dem Rathaus konnten die Stadtverordneten jedoch am Ende umstimmen. Nur DIE LINKE und DIE andere stimmten am Ende für eine Bürgerbefragung. Die übrigen Fraktionen demonstrierten durch ihr Abstimmungsverhalten, dass sie der Bürgerwille zumindest in dieser Frage nicht weiter interessiert.

Fragen - Antworten

Zustand des Bahnhofs Charlottenhof

Angesichts des seit langem bedauernswerten Zustandes des Bahnhofs Charlottenburg, insbesondere der unansehnlich gewordenen Fassade erkundigt sich Dr. Karin Schröter (DIE LINKE.), wie auf die Deutsche Bahn AG Einfluss genommen werden könne, um das Erscheinungsbild des Bahnhofs wieder aufzuwerten. Die Stadt sei im Umfeld des Bahnhofs im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits tätig geworden, z.B. bei den Fahrradstellplätzen, antwortete der Baubeigeordnete Bernd Rubelt. Das Bahnhofsgebäude selbst liege in der alleinigen Verantwortung der DB AG. Diese habe bereits den Fahrstuhl für den barrierefreien Zugang nachgerüstet. Dieser fällt allerdings aus bisher ungeklärter Ursache wegen Defekten häufig aus. Die Bahn beabsichtigt nach Kenntnis der Stadt, demnächst mit der Hüllensanierung des Bahnhofsgebäudes zu beginnen. Einen ge-

nauen Zeitpunkt konnte Bernd Rubelt auch auf Nachfrage nicht nennen.

Lieferverkehr in der Zeppelinstraße

Ralf Jäkel (DIE LINKE) kritisiert in seiner Frage die seit Beginn des Modellversuchs zur Einengung der Zeppelinstraße ungeklärten LKW-Anlieferungsmöglichkeiten für die ortsansässigen Gewerbetreibenden und will wissen, wo zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Kastanienallee Haltepunkte zum Entladen von LKW und Sattelaufliegern vorgesehen seien. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt teilt mit, dass der Verwaltung bewusst sei, dass die Situation für den Lieferverkehr durch die Einengung der Straße komplizierter geworden sei. Für PKW und Transporter gebe es in vertretbaren Abständen Haltebuchten neben der eigentlichen Fahrbahn. Für die Anlieferung mit großen LKW sei die Straße schon vor dem Modellversuch wenig geeignet gewesen. Rubelt sagte zu, im Rahmen der fortlaufenden Überwachung und Auswertung des Modellversuchs, auch diesen

Aspekt zu berücksichtigen. Er bot außerdem an, für konkrete Einzelfälle ggf. auch im Rahmen eines Vor-Ort-Termins zu prüfen und Ausnahmeregelungen zu finden.

Beschlossen

Resolution für eine atomwaffenfreie Welt

Zahlreiche Kommunen auch in Brandenburg unterstützen bereits eine Resolution an den Deutschen Städtetag, mit der dieser sich gegenüber der Bundesregierung für einen Abzug der letzten 20 verbliebenen amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden einsetzen soll. Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten bei der UNO einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen unterzeichnet. Die Bundesrepublik war nicht unter diesen Staaten. Stefan Wollenberg (DIE LINKE.) plädierte bei der Einbringung des gemeinsam mit den Grünen gestellten Antrags dafür, dass auch die Stadtverordneten Potsdams mit der Unterstützung der Resolution ein deutliches Zeichen setzen sollten. Nur die CDU sprach sich in der Debatte gegen einseitige Abrüstungsmaßnahmen aus und versagte dem Antrag die Unterstützung. Er wurde mit nur 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen.

Minsk erhalten

Im B-Plan für die Neubebauung des Brauhausberges ist der Erhalt des ehemaligen Terrassenrestaurants „Minsk“ als Option enthalten. Diese Möglichkeiten auszuschöpfen und beim anstehenden Verkauf der Grundstücke am Brauhausberg einen Investor zu finden, der das Ensemble erhalten möchte, war Anliegen des LINKEN-Antrags. Die Möglichkeiten sollen nun nicht „ausgeschöpft“ sondern nur „berücksichtigt“ werden, entschieden die Stadtverordneten auf Vorschlag des Hauptausschusses. Allerdings soll das Ergebnis der Ausschreibungen vor einer Zuschlagserteilung erneut den Stadtverordneten vorgelegt werden.

Planetengarten am Treffpunkt Freizeit Auf Initiative der LINKEN beschloss die SVV, dass die Stadt die Vollendung des Planetengartens - einer begehbaren Installation vor dem Treffpunkt Freizeit unterstützen soll. Die Installation ist sowohl Kunstwerk, als auch Lehr- und Anschauungsobjekt für die Besucher_innen der Einrichtung und beispielsweise den URANIA e.V.

Schulisches Gedenken zum 8. Mai

Das Anliegen, die Schulen stärker in die Aktivitäten rund um das Gedenken zum 8. Mai einzubeziehen, hatte Bildungs-, Kultur- und Hauptausschuss länger beschäftigt. Die CDU wollte in der Debatte den Bezug zum 8. Mai lösen und sich nur allgemein

auf alle Gedenktage beziehen. Beschlossen wurde schließlich die Fassung des Kulturausschusses. Damit soll der Bezug zum bestehenden Gedenk- und Erinnerungskonzept der Stadt Potsdam hergestellt werden.

Qualifizierung des städtischen Baustellen-Managements

DIE LINKE. hatte beantragt, Bauarbeiten auf öffentlichen Straßen künftig besser zu koordinieren und auch zu überwachen. Die Genehmigungspraxis soll stärker als bisher auf den Erhalt der Funktionalität des sogenannten „blauen Netzes“ der wichtigen Verkehrsadern ausgerichtet werden. Dabei müsse auch kontrolliert werden, dass die notwendigen Arbeiten zügig ausgeführt und die genehmigten Sperrungszeiträume nicht überschritten werden, so Ralf Jäkel. Eine große Mehrheit der Stadtverordneten folgte diesem Anliegen.

Überwiesen

ÖPNV im Potsdamer Norden

Die stark wachsenden Wohngebiete im Potsdamer Norden, insbesondere Fahrland benötigen dringend eine bessere ÖPNV-Anbindung an die Innenstadt. Verbesserungen will DIE LINKE. möglichst schon zum Winterfahrplan umgesetzt wissen. Da die Stadt entweder zusätzliche Mittel aufwenden oder die benötigten Kapazitäten auf anderen Linien einsparen muss, wurde der Antrag noch einmal in den Hauptausschuss verwiesen. Der soll aufgrund des engen Zeitfensters abschließend entscheiden.

Vorkaufsrecht für Gebäude und Grundstücke

Über Gebäude und Grundstücke, die der Stadt aufgrund gesetzlicher Vorkaufsrechte zum Erwerb angeboten werden, soll künftig ein geeignetes politisches Gremium entscheiden. Michel Berlin verwies bei der Einbringung des LINKEN-Antrags auf die aktuellen Erfahrungen mit dem Babelsberger Strahleninstitut. Das Ärztehaus war von der AOK an einen privaten Investor veräußert worden. Der Fortbestand als Ärztehaus ist ungewiss. Der Antrag wurde in den Bau- und den Finanzausschuss überwiesen.

Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht

Bei der Vergabe von Grundstücken der Stadt oder städtischer Gesellschaften soll künftig grundsätzlich geprüft werden, ob diese in Erbbaupacht erfolgen könne. Damit will DIE LINKE. kommunales Eigentum, Einnahmequellen und vor allem die Verfügungsgewalt über innerstädtische Flächen langfristig sichern. Auch dieser Antrag wurde in den Bau-, Finanz- und Hauptausschuss überwiesen.

Stadt zahlt für zusätzliches Kita-Personal

Ergebnisse des Rechtsgutachtens liegen nun vor

Bis zu 3 Mio. € zusätzlich zu den bereits erkämpften 1,5 Mio. € jährlich will die Stadt ab 2018 mehr für Kita-Personal bereitstellen, um den Betreuungsschlüssel auch bei einer täglichen Betreuungszeit von bis zu 10h zu sichern. Die Elterninitiative „Kita jetzt!“ hatte dafür im vergangenen Jahr über 8.000 Unterschriften gesammelt und im Rahmen der Haushaltsberatungen hatte DIE LINKE zunächst 1,5 Mio. € mehr durchsetzen können. Gleichzeitig war - ebenfalls auf Initiative der LINKEN ein Rechtsgutachten beauftragt worden, mit dem geklärt werden sollte, ob das Land, die Stadt oder beide Seiten für die vollumfängliche Finanzierung der Rechtsansprüche auf Betreuung verantwortlich sind. Die Ergebnisse dieses Gutachtens wurden der SVV nunmehr vom Oberbürgermeister vorgestellt. Das Gutachten stellt fest, dass die Eltern einen Rechtsanspruch auf Betreuung gegen die Stadt haben und bestätigt damit unsere Auffassung, dass zunächst die Stadt in der Pflicht ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieser Rechtsanspruch auch erfüllt werden kann. Es bestätigt damit die Auffassung, die DIE LINKE. bereits in der bisherigen Debatte vertreten hatte: die Streitigkeiten mit dem Land über die Finanzierung des Kita-Personals können eben nicht zu Lasten von Kindern, Eltern und Erzieher_innen ausgetragen werden.

Das Gutachten kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass der Finanzierungsanteil des Landes, gemessen an den vom Land an die Kommunen übertragenen Aufgaben, deutlich zu gering ausfällt. Der Oberbürgermeister kündigte an, dazu zunächst das Gespräch mit der Landesregierung suchen zu wollen, auch unter Einbeziehung des Städte- und Gemeindebundes, weil es eben kein spezifisches Potsdamer Problem sei. Auch der von den Gutachtern empfohlene Klageweg sei aber letztlich nicht auszuschließen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils
18 Uhr

25. September 2017; 02.; 09.; 16. Oktober
2017; 06.; 13. und 20. November 2017

34. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

08. November 2017, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

12. November 2017, Beginn 10 Uhr
Kino-Café Konsum (am Kino Thalia)
Rudolf-Breitscheid-Straße 50

Ausgabe

„Rathausreport“ Nummer 8/2016

Stadthaus, Raum 3.107

16. bis 21. November 2017 (außer Sa. und
So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

16. und 17. November 2016

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“
und Informationen zu den Ergebnissen
der 24. Sitzung der Stadtverordnetenver-
sammlung am 02. November 2016

Bürgersprechstunde

Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 05. Oktober 2017 ab 17 Uhr

Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bür-
gerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen

sind möglich unter: Tel: 0331/289305

Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Umkleide in der Dunkelkammer

Fortuna Babelsberg benötigt dringend ein Vereinsheim

Der erste Rathausreport live nach der Som-
merpause führte DIE LINKE. - Stadtfraktion
in den gut gefüllten Saal des Bürgerhauses
„Sternzeichen“. Dr. Hans-Jürgen Scharfen-
berg, Kati Biesecke, Stefan Wollenberg und
Jana Schulze berichteten den Gästen aus
der 33. Sitzung der Stadtverordnetenver-
sammlung.

Neben den Beschlüssen informierte Frakti-
onschef Scharfenberg dabei im I. Teil des
Frühschoppens auch über die Themen, die

sollten. Voraussichtlich im November wird
die SVV hierzu entscheiden.

Im Zusammenhang mit der angekündigten
Erhöhung von Müll- und Straßenreinigungs-
gebühren, die sich ja auch auf die Mieten
belastend auswirken, erkundigten sich meh-
rere Gäste nach der Möglichkeit, Gebühren
auch zu senken. Verwiesen wurde u.a. auf
die Wasserpreise, die zu den höchsten
deutschlandweit zählen. Scharfenberg be-
tonte, dass es in allen Bereichen Anliegen

der LINKEN sei, die Bürger
nicht unnötig zu belasten.
Allerdings sei die Alternative
zu kostendeckenden Gebüh-
ren immer nur ein Zuschuss
aus dem städtischen Haus-
halt. Dies müsse jeweils sorg-
fältig abgewogen werden.
Im II. Teil begrüßte die Frak-
tion den Vorsitzenden von
Fortuna Babelsberg, Hartmut
Domagala sowie den Schatz-
meister des Vereins, Gert
Laßmann. Sie berichteten
von den großen Schwierig-
keiten des Vereins mit dem



im Plenum keine Rolle gespielt hatten, weil
sie vorab über die Konsensliste bereits in
die Ausschussberatungen verwiesen wurden.
U.a. betrifft das auch den Antrag der LINKEN
zur Bestandssicherung für das Rechenzen-
trum als Kunst- und Kreativhaus für min-
destens fünf Jahre. Der Oberbürgermeister
hat nun einen Antrag vorgelegt, mit dem
sich die Stadt verpflichten soll, Mehrkosten,
die aus dem Erhalt des Rechenzentrums
entstehen, zu übernehmen - u.a. für Brand-
schutzmaßnahmen und notwendige Um-
planungen beim Bau des Kirchturms. DIE
LINKE. fordert, dass für die einzelnen Punkte
der Nachweis erbracht wird, dass die Mehr-
kosten tatsächlich ausschließlich auf den
Erhalt des Rechenzentrums zurückzuführen
seien. Denn, so betonte Scharfenberg weiter,
man bleibe bei dem Grundsatz, dass für
den Wiederaufbau der Garnisonkirche kei-
nerlei öffentliche Mittel eingesetzt werden

viel zu kleinen und überdies maroden Funk-
tionsgebäude auf der Sportanlage am Stern.
Für die derzeit 23 Mannschaften und ca.
440 Mitglieder sei die Zahl der Kabinen
nicht ausreichend - derzeit würden sogar
komplett fensterlose Abstellräume als Um-
kleide genutzt. Die sanitären Anlagen be-
finden sich noch weitgehend im „DDR - Ori-
ginalzustand“. Lagerkapazitäten für Trai-
ningsmaterialien etc. seien so gut wie gar
nicht vorhanden. Der Verein bittet deswegen
dringend um Unterstützung bei der Errich-
tung eines neuen Vereinshauses mit zu-
sätzlichen Kapazitäten. Hans-Jürgen Schar-
fenberg sagte zu, dass die Fraktion das An-
liegen mit ihren Möglichkeiten begleiten
werde, zumal damit die Sportanlagen am
Stern-Campus vervollständigt werden könn-
ten. U.a. werde man einen Vor-Ort-Termin
mit dem Ausschuss für Bildung und Sport
anregen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen
Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam